

Laibacher Zeitung.

Nr. 217.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 12, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Dienstag, 22. September

Insertionsgebühren bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. f. w. Insertionsstempel jedesmal 30 kr.

1868.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät geruhen mit Allerhöchster Entschliessung vom 23. August 1868 die Auflassung der Gendarmeriegeneralinspektion und die Ersetzung der Stelle eines Gendarmerieinspectors allergnädigst anzuordnen.

Die von der k. k. Gendarmeriegeneralinspektion bisher besorgten Geschäfte sind bezüglich der Gendarmerie der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder mit heutigem Tage vom k. k. Ministerium für Landesverteidigung und öffentliche Sicherheit und in militärischer Beziehung von dem Gendarmerieinspecteur übernommen worden. Laaffe m. p.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben auf Grund eines von dem Reichskanzler, Minister des kaiserlichen Hauses und des Aeußern, erstatteten allerunterthänigsten Vortrages mit Allerhöchster Entschliessung vom 6. September d. J. den gegenwärtig der k. k. Internuntiaturs zu Constantinopel zugetheilten Dolmetschadjuncten Anton Strauß zum k. k. Honorarlegationssecretär allergnädigst zu ernennen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Slavische Parteistellungen.

Wien, 16. September. Nicht mit Unrecht hat man die Tendenzen, wie sie von den slavischen Nationalitätsfragmenten Oesterreichs lange Zeit verfolgt worden, mit Bezug auf die Existenzfrage Oesterreichs „destructiv“ genannt, und will man gerecht sein, so muß man zugeben, daß dem Centralismus gegenüber die slavische Opposition, wenn man sich auf ihren Standpunkt stellt, eine centrifugale sein mußte. Der Mangel an wahrem inneren Zusammenhang der österreichischen Slaven unter einander, ihre territoriale Trennung brachte es mit sich, daß sie nach Außen gravitirten. Sie erblickten ihr Heil in dem Anschlusse an größere slavische Complexe und da der Centralismus dieses Streben kreuzte, war nichts natürlicher, als daß sie sich, so gut als möglich, von dem Centrum zu entfernen suchten. Ihre Bestrebungen waren darauf gerichtet, daß an die Stelle des österreichischen Einheitsstaates der Pluralismus fiel, aber die Hoffnungen der Slaven, die von der Sistrirungsregierung noch mehr genährt worden, gingen nicht in Erfüllung. An die Stelle des Centralismus trat nicht der Pluralismus, sondern der Dualismus. Nicht geringer war die Enttäuschung, die sie im Auslande erfuhren. Der Versuch, sich mit den Slaven im Auslande zu verbinden, erwies sich bald als ein fruchtloser, und selbst die Czehen mußten sich, trotz aller Kofetterie mit Rußland, trotz aller Pilgerfahrten nach Moskau eingestehen, daß die einmal nicht zu ändernde territoriale Trennung eine directe Unterstützung ihrer Bestrebungen von dorthier, geschweige denn ein Zusammenfließen oder auch nur eine directe Anlehnung unmöglich mache. Bei aller Opposition, die gegen das dualistische System gemacht wird, und bei allen Schwierigkeiten, die man durch diese Opposition dem Staate zu bereiten sucht, muß über kurz oder lang ein Umschlag eintreten und müssen die slavischen Nationalitätsfragmente in Oesterreich die Ueberzeugung gewinnen, daß ihr Heil denn doch nur in der Existenz Oesterreichs zu suchen sei, daß die gemeinsame österreichische Staatsangehörigkeit der festeste Kitt sei, der die slavischen Fragmente in Oesterreich unter einander verbinde, daß in der Existenz Oesterreichs die sicherste Bürgschaft für ihre eigene Fortexistenz liege, zumal die December-Verfassung ihrer nationalen Autonomie und Entwicklung keine Hindernisse in den Weg legt, während man sich in slavischen Kreisen unmöglich einer Täuschung darüber hingeben kann, welchen Gefahren die einzelnen slavischen Stämme entgegengingen, wenn das Reich zerfiel, daß sie bei dem Mangel einer geographischen Verbindung, und durch diesen gehindert, einander zu unterstützen, wehrlos den Segnern in die Hände fielen und ihr Territorium eine gute Preise für den Feind wäre. Die Freundschaft Rußlands würde den Czehen wenig nützen, denn von Czaslau oder Chrudim nach Petersburg oder Moskau — zieht sich der Weg. Wie viele Meilen deutschen Landes müßten genommen werden, um die territoriale Verbindung Oesterreichs mit Rußland herzustellen? Und alle Hoffnungen, die man

auf die „russischen Brüder“ gesetzt würden gar bald in nichts zerfließen, denn der — Czar ist weit. Kein Wunder also, daß in österreichisch-slavischen Kreisen allmählich die Ueberzeugung Platz zu greifen beginnt, daß ihren Interessen nichts zuträglicher sei, als wenn sie österreichische Slaven bleiben, und daß sie sich unter dem Schutze des österreichischen Doppeladlers am sichersten geborgen fühlen. Ein beachtenswerthes Symptom in dieser Beziehung ist die Mißbilligung, welche bereits die Haltung der altösterreichisch-feudalen Allianz von Seite der Jungczechen erfährt, welche eine Verständigung vorziehend, in der Fortsetzung des fruchtlosen Widerstandes eine Gefahr für die Existenz des Czenthums überhaupt erblicken. Ein nicht minder beachtenswerthes Symptom ist es, daß ein slavischen Interessen gewidmetes Organ, der „Osten“, das bisher den slavischen Bestrebungen sogar in einer nichts weniger, als gemäßigten Weise das Wort geredet, es sehr nothwendig findet, eine Mahnung ergehen zu lassen, die, obgleich an die Regierung adressirt, eigentlich an die Slaven Oesterreichs gerichtet ist. Diese Stimme verdient, weil aus dem föderalistischen Lager kommend, gehört zu werden und wir lassen deshalb nachfolgende Stellen, die wir dem „Oesterreich und den Parteien“ überschriebenen Artikel der jüngsten Nummer des erwähnten Blattes entnommen, hier folgen:

„Wenn jede der Parteien“, heißt es in dem Artikel, „ihr besonderes Recept für Oesterreich hat, wenn jede wie Schylock auf ihrem Schein besteht, der hier „December-Verfassung“, dort „Verneuerte Landesordnung“ und dort wieder „1848er Gesetze“ heißt, wenn die einen uns mit Preußen, die anderen mit Rußland und die dritten mit ihrer eigenen Selbständigkeit drohen, so tritt an die Reichsregierung vor allem und hauptsächlich die Pflicht heran, auf die Existenz Oesterreichs um jeden Preis und gegen jedermann bedacht zu sein, und von unserem gegenwärtigen Leiter der auswärtigen Politik setzen wir voraus, daß er jederzeit im Stande ist, denjenigen, die uns mit Verrath an das Ausland drohen, den Beweis zu führen, daß Oesterreich nur zu wollen braucht, um sich mit jeder europäischen Großmacht auf den besten und freundschaftlichsten Fuß zu setzen. Blos ein halber Schritt von unserer Seite, und das preussische Cabinet ist uns so befreundet, daß selbst Herr von Kaiserfeld einschen wird, daß von dieser Seite auch nicht die leiseste Aufmunterung für diejenigen zu erwarten ist, welche schon einmal die Bleisohlen des österreichischen Staatsverbandes abschütteln zu wollen erklärten.“

Man sagt, wir beherbergen in unserem Schoße eine Partei, welche die deutschen Provinzen von Oesterreich loslösen will. Auf den Pusteln des Ungarlandes soll ferner eine Partei ihr Unwesen treiben, welche Oesterreich zu einem specifisch magyarischen Donau-Reiche deprimiren möchte. Endlich hat sich in jüngster Zeit die Stimme einer Partei vernehmen lassen, welche die Königreiche Böhmen, Galizien und Ungarn zu einem Zukunftsreiche zusammenlösen will. Aber weit stärker als alle diese Parteien zusammen, ist die Partei derjenigen, welche den Staatsbestand Oesterreichs aufrecht halten wollen, wie er ist. Auf diese Partei muß die Regierung sich stützen, denn sie allein meint es ehrlich mit diesem schwergeprüften Reiche der Habsburger. Sie hat keine Extrapläne für die Zukunft. Sie hat keine kostspieligen oder gefährlichen Passionen für diese oder jene alte oder neue Verfassung. Sie kann niemals in die Lage kommen, der Regierung die Pistole auf die Brust zu setzen und zu rufen: Entweder das geschieht, oder wir verzichten auf Oesterreich. Nein. Ihr Lösungswort ist stets: Oesterreich! Diese Partei ist mäßig in ihrem Mißtrauen gegen den Dualismus und mäßig in ihrer Protegirung des föderativen Constituirungsgebankens, welcher ein starkes Reichsparlament in Aussicht stellt. Sie will nicht den Kampf, sondern die Verständigung, und mit ihr zu harmoniren, kann einer intelligenten Regierung wahrlich nicht schwer fallen.“

Der Bericht des h. krain. Landesausschusses in der Findelanstaltsfrage.

(Schluß.)

Gehen wir nun zu dem vorliegenden Berichte des krainischen Landesausschusses über. Der Bericht gibt selbst zu, daß die Entscheidung über Auflassen der Findelanstalt eine schwierige bleibe, da sich für und wider gleich gewichtige Stimmen vernehmen lassen, und man in und außerhalb Oesterreichs noch sehr weit davon ent-

fernt ist, eine Einstimmigkeit in dieser Frage zu erzielen; trotzdem strebt der Bericht ebenfalls dahin, die Last der Kinderversorgung auf die Zuständigkeitsgemeinden zu wälzen, da die Findelanstalt den Grundsätzen einer geregelten Armenpflege widerspricht (warum?), da sie nachtheilige Folgen für das physische und psychische Wohl der Findlinge und auf die Sittlichkeit überhaupt (wo ist letzteres bewiesen?), nach sich zieht, und da sie den Angerenz nehmenden Verbrechen nicht steuert. Die geregelte Armenpflege ist aber für jene unehelichen Kinder, welche dem Lande übergeben werden, eben die Landesversorgung; der Bericht stellt sich ferner nirgends die Frage, wie denn die Versorgung unehelicher Kinder ganz armer Mütter aussehen wird, wenn sie den Gemeinden obliegen wird, wo doch die Gemeinden nicht einmal für ihre armen Siedeln sorgen, und Verkrüppelte, Blinde u. s. f. als Bettler im Lande herumziehen lassen und dulden, daß arbeitskräftige gesunde Leute als deren Führer ebenfalls dem Bettel fröhnen. Und ist, gesetzt, die Gemeinden kämen ihrer idealen und rechtlichen Verpflichtung nach, die Last, welche die ohne ihre Schuld betroffenen Gemeinden trifft, nicht eine härtere drückendere, als sie bei einer zweckmäßig reformirten Landesfindel- oder Versorgungsanstalt für uneheliche Kinder wäre? Kann der Bericht den Beweis führen, daß die Kinder der Gemeindecarmenpflege nicht noch vernachlässigter, vernachlässigter sein werden, als die Findlinge in der Landesfürsorge? Die Gemeinde wird womöglich nichts, oder sehr wenig für Mutter und Kind thun, und wird ruhig zusehen, wie die Kinder zum Bettel und Diebstahl angelernet werden, wird zwar dann die Hände zusammenschlagen über die Schlechtigkeit unehelicher Früchte, und sich nie beifallen lassen, daß sie selber Schuld ist, daß die Kinder so schlecht wurden. Mit Beispielen aus dem täglichen Leben können wir dienen. Die Gemeindecarmenpflege für die armen unehelichen Kinder hat nur dann einen Sinn, wenn die Gemeinden genug Mittel und in Folge größerer Wohlhabenheit und größerer Bildung genug Gemeinssinn haben, eine geregelte Armenpflege durchzuführen. Wir geben zu, daß die Versorgung in der Heimathsgemeinde, nicht kostspielig sein dürfte, da die Heimathsgemeinde das Kind nicht versorgen, oder höchstens die Mutter von Haus zu Haus zur Abfütterung senden wird, wobei der arme Säugling mitten im Sturmwetter und Kälte mitwandern muß, wobei das heranwachsende Kind hundertfache Vorwürfe wegen seiner Mutter wird anhören müssen, die den Gemeindecarmen so viel kostet! Die vom Landesfonde für nur besonders rücksichtswerthe Fälle in Aussicht gestellte Subvention wird wohl nur selten plaggreifen, wenn der Landesfackel das entscheidende Wort spricht, wenn aber die Gemeinden ihren Wunsch zur Geltung durchbringen, so wird sie beinahe überall dort plaggreifen, wo die Gemeindefürsorge eintreten sollte, denn die Gemeinden werden die Last immer abzuwälzen suchen. — Keine — oder eine andere Unterstützung, das ist ihre Lösung jetzt schon. Ob aber dann das Land die entsprechende Ueberwachung und Obfarge über die von ihm verpflegten Kinder ohne einheitliche Leitung durchführen wird können, das ist die Frage.

Der h. Landesausschuß hat aber mit diesen radikalen Thaten für den Augenblick nur den ökonomischen Forderungen Rechnung tragen wollen, vielleicht ist er auch deshalb in den gewiß nach seiner eigenen Aussage schwierigen Beweis für die praktische Nützlichkeit und die idealrechtliche Begründung nicht eingegangen, sondern plaidirt vor der Hand nur für Reform, und damit gelangt er auf den praktisch-humanen und socialrechtlich richtigen Standpunkt, von dem aus auch die ökonomische Frage ihre richtige Lösung finden kann. Wie oben wir andeuteten, war die Frage nur so zu stellen: Kann man uneheliche Kinder der Armenfürsorge beruhigt überlassen, und wäre deren Pflege dann besser? und aus dem allsogleich aus der täglichen Erfahrung resultirenden Nein kommt man zur zweiten: Wie sind die ökonomischen, physischen und moralischen Uebelstände der Anstalt zu beseitigen, wie ist sie zu reformiren?

Diese Gesichtspunkte im Auge behalten, wäre eine objectivere Behandlung des Gegenstandes leichter möglich gewesen, und wären Widersprüche vermieden worden, welche sich im Berichte finden; eine objectivere Behandlung, sagen wir, weil dann z. B. nicht blos die Anschauungen des großen Klinikers Skoda, welcher aber mit dem Findelwesen praktisch nicht vertraut ist, sondern auch die zahlreiche eingehende Bekämpfung derselben durch Männer, die das Findelwesen aus langer Erfahrung kennen, mitgetheilt worden wären; es wäre auch bemerkt

worden, daß Skoda's Anträge in der k. k. Gesellschaft der Aerzte kaum zur Annahme gelangen dürften. Es wäre nicht bloß das Resultat aus Valenta's Statistik über die Schande als häufigste Ursache des Kindesmordes bei Erstgebärenden, sondern auch das Resultat, daß bei Mehrgebärenden die Nothlage hervorragend den Kindesmord veranlaßt, berichtet worden. Es wäre eine genaue Statistik der Heimatsgemeinden der Mütter erhoben worden, die viel wichtiger, als die Statistik der Bezirke, wo Findlinge in Pflege sind, sein würde; denn diese würde zweifellos die Andeutungen des ärztlichen Vereins bestätigt haben, daß manche und gerade mittellose Gemeinden unverhältnißmäßig belastet würden, wenn ihnen die Sorge für die unehelichen Kinder zufiele. Die Widersprüche haben wir theilweise schon dargestellt, sie liegen in der Natur der Sache, wenn ein theoretischer Satz trotz allem behauptet werden soll. Ein Irrthum aber ist es, wenn der Bericht theoretisirend meint, die Schwängern finden leicht einen Ort zum Gebären und dann sich zu pflegen. So mancher Diensthote, so manche Bauersschwester findet keinen anderen Ort, als das Gebärhaus.

Was die Reformanträge betrifft, so sind sie theilweise denen des ärztlichen Vereins conform, und wir gehen auf die einzelnen deshalb nicht ein. Hervorzuheben ist, und zwar mit Dank, daß die Pflegedauer der Kinder bis zum Alter von 10 Jahren bestimmt ist; der ärztliche Verein ließ sich in seinem Antrage der Herabsetzung auf 9 Jahre wohl von der Rücksicht der äußerst möglichen Sparjamkeit leiten. Ebenso ist die Erhöhung der Verpflegsgelühren mit Dank anzuerkennen. Dagegen ist es sehr zu bedauern, daß gerade vom Standpunkte des Landesauschusses, welcher die Auflösung der Findelanstalt anstreben will, die Subvention der unehelichen Mütter, unter der Hinausgabe von ihrem ersten unehelichen Kinde an sie oder die nächsten Verwandten nicht in die Reformanträge aufgenommen erscheint. Diese Maßregel hat sich in Frankreich sehr bewährt, und will man durchaus der Auflösung der Landesversorgungsanstalt für uneheliche Kinder steuern, so wäre gerade dieser Vorgang ein zweckmäßiges Uebergangsmittel.

Wir sind dem h. Landesauschusse zum Danke verpflichtet, daß er die Auflösung ins Unbestimmte hinausschiebt und dafür eine ernste Reform der Anstalt anstrebt. Wir hätten aber die Motivirung für Bestand einer reformirten Anstalt vom Standpunkte des Landesauschusses ganz einfach in dem Axiom gesucht und gegeben: Bevor die Gemeinden Krains nicht fähig sind zur Uebernahme und Durchführung einer entsprechenden Fürsorge für uneheliche Kinder, insoweit hat die Landesversorgungsanstalt als Findelanstalt in reformirter Weise fortzubestehen. Jedenfalls sind die vorliegenden Anträge weitläufig dem Gegenstande entsprechender, als die projectirte Auflösung der ganzen Anstalt, wie sie in Oberösterreich beschloffen wurde. Dr. Gauster.

Die Rundreise des Königs von Preußen

wird von der „Weser Zeitung“ mit folgenden charakteristischen Worten treffend glossirt: „Königlichen Rundreisen und dem damit verbundenen obligaten Festjubiläum eine erhebliche Bedeutung beizulegen, sind wir im allgemeinen nicht sehr geneigt; die Erfahrung hat allzu häufig gelehrt, wie wenig in der Regel auf die loyalen Kundgebungen zu bauen ist, welche bei solchen Gelegenheiten sich bereit zu machen pflegen. Die Civil- und Militärbehörden, welche durch ihre Stellung zur feierlichen Begrüßung des Monarchen gezwungen sind, die Magistrate, die Geistlichen, die Schullehrer mit ihrer Schulfugend, die weißgekleideten Jungfrauen, und was sonst noch zum officiellen Empfange gehört, — alle diese liefern schon ein so zahlreiches Contingent von Substanten, daß es in der That ganz eigenthümlich zugehen müßte, wenn selbst ein unpopulärer Herrscher nicht überall auf den Stationen seiner Reise ein Willkommen fände, welches dienstergebene Berichterstattung ohne allzuschreiende Verletzung der Wahrheit als begeisterten oder stürmischen Jubel schildern könnten. Die Flaggen wehen, die Ehrenpforten prangen, die Trompeten schmettern, die Soldaten rufen Hurrah für Gerechte und Ungerechte, und sie genügen, wenn man nicht gerade sehr kritisch gestimmt ist, vollkommen, um für den Augenblick einen sehr festlichen Eindruck hervorzurufen, wenn nur die nichtofficielle Bevölkerung sich nicht geradezu feindselig verhält. Und dazu gehört in deutschen Landen wenigstens, schon sehr viel, ein ganz außerordentlich Grad von Erbitterung. Gemeinlich wirkt der Hurrahruf ansteckend auf die Massen, wenn sie auch im Herzen ziemlich kühl gestimmt sind, namentlich mit auf die jugendlichen Elemente, welche bei solchen Anlässen auf den Straßen nicht zu fehlen pflegen.“

Oesterreich.

Prag, 18. September. (Petition an den Finanzminister.) Eine große Anzahl von Großindustriellen und Kaufleuten der Bezirkshauptmannschaft Tetschen (umfassend die bisherigen Bezirke Tetschen, Benssen, und Bömisch-Kamitz) hat dieser Tage an den Finanzminister Dr. Breitel eine Petition gerichtet,

in welcher eine Reihe von Vorschlägen für die Reform der Erwerb- und Einkommensteuer gemacht wird. Diese Vorschläge sind: Vereinigung der Erwerb- und Einkommensteuer zu einer einzigen Steuerart, basirt auf einer Classeneinteilung (mit wenigstens 30 Classen); Einrichtung eines ordentlichen Steuerkatasters; Bemessung der Steuern durch freigewählte Steuereinschätzungskommissionen in den einzelnen Gemeinden, und Einführung von gewählten Landes-Reichskommissionen, die zugleich als obere Instanzen in Steuerangelegenheiten zu fungiren hätten.

Ausland.

Paris, 19. September. Die „Opinion Nationale“ erwähnt unter Reserve das Gerücht, daß das französische Mittelmeer-Geschwader Befehl erhalten habe, sich nöthigenfalls zur Verfügung der türkischen Regierung bereit zu halten. — Die „France“ stellt in Abrede, daß die Verlängerung des Pariser Aufenthaltes des Grafen und der Gräfin Girgenti durch politische Gründe veranlaßt sei. Dasselbe Journal betrachtet die Nachricht als erfunden, daß die Türken die Donau überschritten hätten. Die „France“ sagt, daß spanische Journale gestern ein von Drense gezeichnetes spanisches Manifest veröffentlicht haben. Die nach den Canarischen Inseln exilirten Generale wären in Andalusien gelandet, wo sie die Fahne des Aufstandes erhoben hätten. — Der „Gaulois“ fügt hinzu, General Prim habe sich mit seinem Generalstabe in London eingeschifft und beuge sich nach der Küste von Valencia. Prim soll den Oberbefehl über die Insurrection übernehmen. Kein anderes Blatt hat eine ähnliche Nachricht erhalten. — Die „Epoque“ versichert, die Türkei habe in Athen Aufklärungen über die Existenz dortiger Comitès verlangt, welche die Bewegung in Rumänien und Bulgarien begünstigen sollen.

Bukarest, 19. September. Der Senat wählte heute Stephan Golescu und den Metropolit zu Präsidenten und Nikolas Rosetti, Docan, Plagino und Costaforu zu Vicepräsidenten.

Krainischer Landtag.

14. Sitzung.

Laibach, 21. September.

Der Landeshauptmann v. Wurzbach-Tannenberg als Vorsitzender eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 25 Minuten.

Schriftführer Tavcar verliest das (slovenische) Protokoll der letzten Sitzung, welches vom Hause genehmigt wird;

Der Vorsitzende theilt mit das Resultat der in der letzten Sitzung vorgenommenen Schriftführerwahl. Es wurden die Herren Abgg. Deschmann und Preuz gewählt.

Abg. Deschmann nimmt die Stelle des Schriftführers ein.

Der Vorsitzende theilt mit, daß mehrere Petitionen überreicht wurden, darunter 1. eine Petition des constitutionellen Vereins in Betreff des Gesetzentwurfes über die Einführung der Gleichberechtigung in der Schule, überreicht durch Abg. Kalkenegger; 2. eine Petition der Bürger der Stadt Stein in Betreff der Abänderung der Landtagswahlordnung, überreicht durch Abg. Preuz; 3. eine Bitte des slovenischen dramatischen Vereins um Unterstützung aus dem Landesfonde, überreicht durch Abg. Dr. Roman. Diese Petitionen werden den betreffenden Ausschüssen zugewiesen.

Es wird zur Tagesordnung übergegangen.

1. Dr. Bleiweis referirt Namens des Landesauschusses über die Errichtung einer Landeswaisenanstalt. (Wir haben das Referat in Nr. 214 und 215 unseres Blattes vollinhaltlich mitgetheilt.)

Der Vorsitzende eröffnet die Generaldebatte.

Abg. Deschmann: Bei der ersten Beschlußfassung des Landtages in Betreff der Errichtung eines Waisenhauses sei die Rücksicht auf die Wiedererlangung der Administration des Waisenvermögens maßgebend gewesen. Heute werden weiter gehende Anträge gestellt. Ueber den ersten und zweiten Punkt habe er nichts zu bemerken, in den übrigen Punkten sei nichts neues enthalten. Der Bericht des Landesauschusses scheine nichts als ein Excerpt des umfassenden Berichtes aus dem Jahre 1866 zu sein. Wir sollen jetzt die Principien für das Waisenhaustatut feststellen und kommenden Jahr sollen dieselben abermals zur Berathung und endgültigen Feststellung gelangen. Dies sei eine Geschäftsvervielfältigung. Nach § 26 der Landesordnung falle die Ausführung des Beschlusses ohnehin in den Wirkungskreis des Landesauschusses. Der Standpunkt der Angelegenheit sei doch nicht mehr derselbe, wie im vorigen Jahre. Das Waisenhausvermögen sei bereits übernommen, es sei die a. h. Zusage eines Antheiles an der nächsten Staats-Wohltätigkeitslotterie und endlich durch das Testament der Maria Svetina die Möglichkeit der sofortigen Activirung des Landeswaisenhauses in Aussicht gestellt. Diese Frage nun wolle der Landesauschuß in suspenso belassen. Gewisse Punkte des Testaments seien nun maßgebend bei der Uebergabe des Svetina'schen Verlasshauses zu dem gedachten Zwecke; der

Landtag habe sich auszusprechen, ob er diese bestimmten Bedingungen acceptiren wolle. Ueber drei wesentliche Punkte habe er sich daher auszusprechen: 1. Ueber die Aufsicht durch die Kirche und wie sich diese mit § 13 der vom Landesauschuß aufgestellten Grundzüge („diese Landesanstalt steht selbstverständlich unter der Leitung und Aufsicht des Landesauschusses“) in Uebereinstimmung bringen lasse. Wir haben dann eine dreifache Aufsicht über das Waisenhaus, 1) jene der Kirche, 2) des Landesauschusses, 3. der Regierung. 2. Hat der Landtag in's Auge zu fassen die Bestimmung des Testaments: „Die Anstalt soll unter der Leitung eines Ordens oder eines weisen und frommen Priesters stehen. 3. Soll sich der Landesauschuß durch diese Bestimmung auf immer die Hände binden lassen, ohne Rücksicht darauf, ob sich auch stets eine geeignete Persönlichkeit zur Leitung des Waisenhauses finden werde. Alle diese Fragen will der Landesauschuß in der Schwebe lassen. Um diese Angelegenheit zum endgültigen Abschlusse zu bringen, stellt Deschmann schließlich den Antrag die Vorlage an ein Comité aus 5 Mitgliedern zur Ueberprüfung und Antragstellung zuzuweisen.

Der Antrag wird von der Rechten unterstützt.

Abg. Pfarrer Pintar weist darauf hin, daß die Verlaßabhandlung nach Maria Svetina noch nicht beendet, es daher dem Landesauschusse nicht möglich gewesen sei, weitergehende Anträge zu stellen, der Landesauschuß konnte daher nur allgemeine Grundsätze aufstellen. Nur auf der Grundlage des Christenthums lasse sich übrigens das Glück der Menschen erreichen, er erinnere an die Erfolge der Wiener Waisenanstalt, welche unter der Leitung der Schulbrüder steht, deren Verwaltung überdies wohlfeiler ist als die frühere weltliche. Endlich spricht Abg. Pintar seine Ueberzeugung aus, daß die geistliche Erziehung allein den Erfolg verbürgen könne.

Abg. Dr. Costa widerlegt den von Deschmann erhobenen Vorwurf der Unvollständigkeit der Vorlage. Was die geistliche Leitung betreffe, stehe er auf einem anderen Standpunkt als Deschmann. Er (Costa) wolle, daß der Landtag die Bedingungen des Svetina'schen Testaments annehme; wenn der Landtag den Schlußantrag des Landesauschusses annehme, so habe er selbstverständlich auch jene Bedingungen angenommen. Aber auch abgesehen davon müßte unser Waisenhaus mit Rücksicht auf das Land, welches an der Kirche und am Glauben festhalte (Bravo), christlich-katholischen Charakters sein. Was das concurrirende Aufsichtrecht des Landesauschusses betreffe, so komme dies auch bei anderen Stiftungen vor. Die Ausführung sei dem Einvernehmen mit dem Ordinarate vorbehalten.

Was den (von Deschmann eingewendeten) Mangel an Priestern betreffe, so müsse er darüber offen seine Verwunderung aussprechen. Man spreche sonst doch immer über den Ueberfluß an Geistlichen, heute werde man den Mangel ein. (Heiterkeit.) Er sehe also keinen Grund dafür, die Sache an ein besonderes Comité zu verweisen. Der Gegenstand sei ganz klar, man solle seine Ansicht offen aussprechen und sie nicht hinter ein Comité verbergen. Diejenigen, welche mit dem Antrage auf Uebernahme der Svetina'schen Stiftung nicht einverstanden sind, mögen gegen Punkt 4 des Antrages des Landesauschusses votiren. Diejenigen, welche dankbar sind für die hochherzige Bestimmung der Maria Svetina, werden dafür stimmen. Er unterstütze daher den Antrag des Landesauschusses.

Deschmann erwidert, er sei dankbar für die Aufklärung, die er durch Dr. Costa über die Tragweite des § 4 des Antrages erhalten. Uebrigens gehöre er (Deschmann) nicht zu denjenigen, welche ihre Ansichten verbergen, er sei Mannes genug, sie offen im hohen Hause auszusprechen. Warum habe übrigens der Landesauschuß selbst es nicht im Berichte klar und deutlich ausgesprochen, daß er die Svetina'sche Stiftung dankbar annehme?

Costa erwidert, es werde dem Landesauschusse der Auftrag erteilt, die Uebernahme der Svetina'schen Stiftung vorzubereiten.

Abg. Kromer hält den Bericht für überflüssig, weil nichts neues enthaltend; wir wissen weder den Activ- noch den Passivstand, wir wissen nicht die Bedingungen hinsichtlich der Miethe des Svetina'schen Hauses, eben deswegen können wir uns aber auch nicht aussprechen, ob uns die Stiftung annehmbar erscheine. Ob übrigens die geistliche Erziehung die beste sei, hält Kromer für eine offene Frage. (Energische Bravos von der Galerie.)

Berichterstatte Dr. Bleiweis meint, daß alle Einwendungen sich um die geistliche Aufsicht drehen, diese sei den Gegnern ein Dorn im Auge. Die Kromer habe es wenigstens ehrlich ausgesprochen. Die Geistlichkeit habe große Verdienste um die Volksschule. Es gelte, einen Schritt vorwärts zu thun. Schließlich beruft sich Berichterstatte auf das frühere Waisenhausecomité, in welchem auch Abg. Kalkenegger geessen und welches sich für die Ueberlassung der weiblichen Waisenhauseintheilung an die Ursulinerinnen ausgesprochen, also eine geistliche Leitung durchaus nicht perhorrescirt habe.

Bei der Abstimmung fällt der Antrag Deschmann. (Schluß folgt.)

Proceß des „Neuen Wiener Tagblatt.“

Wien, 18. September. Vorsitz: Herr Landesgerichtsrath Englisch. Vertreter die Staatsbehörde: Herr Derleth. Verteidiger: der Herren Doctoren Franzos, Hof. Ropp und Lewinger.

Der heutige Proceß hatte schon seit längerer Zeit das öffentliche Interesse auf sich gelenkt. In der That ist der große Saal von einem zahlreichen Auditorium dicht gefüllt.

Als Angeklagte erscheinen: Herr Heinrich Reschauer, verantwortlicher Redacteur des obigen Blattes, in Wien geboren, 30 Jahre alt; Herr Moriz Szeps, in Galizien geboren, 34 Jahre alt, Herausgeber und Eigenthümer desselben, endlich Herr Wilhelm Jacobi, Buchdruckereibesitzer.

Die Anklageschrift, welche diesfalls wieder die genannten drei Herren Angeklagten von dem Staatsanwalt in ihren Hauptpunkten mündlich wiederholt wird, lautet:

Die Mittwoch den 8. Juli d. J., ausgegebene Nr. 186 der Zeitschrift „Neues Wiener Tagblatt“ enthält im Feuilleton einen Artikel mit der Ueberschrift:

„An den Knecht der Knechte Gottes in Rom. Offenes Sendschreiben der Völker Oesterreichs.“

In diesem ganzen Artikel geschieht des katholischen Clerus in einer Art und Weise Erwähnung, welche geeignet ist, wider denselben zu Feindseligkeiten aufzufordern und zu verleiten, insbesondere ist dies jedoch in nachstehenden Stellen der Fall:

a) in der ersten und zweiten Spalte, wo es heißt:

„Ganz richtig das; mit zu diesen großen Uebeln gehört die despotische Seelenherrschaft, welche sich Ihre Vicestatthalter und das übrige ultramontane Manipulationspersonale bis zum letzten Hirtenamtsdiener hinab über die Völker Oesterreichs durch Jahrhunderte voll Schmach und Finsterniß anmaßen zu dürfen glaubt“;

b) in der zweiten Spalte von

„Mit zu diesen großen Uebeln gehört, daß die bedrängte Kirche — bis — wie die Chicone zur Justiz“;

c) in der dritten Spalte, wo es heißt:

„Sie klagen, daß die Bischöfe und die angesehensten dem Dienste Gottes (dem Gottesdienste?) geweihten Männer auf jede Art gequält werden“;

da in diesen Stellen dem katholischen Clerus Gesinnungen, Grundsätze, Eigenschaften und Handlungen vorgeworfen werden, welche ihrer Beschaffenheit nach als vollkommen geeignet angesehen werden müssen, den katholischen Clerus in schmähernder Weise herabzuwürdigen und hiedurch zu Feindseligkeiten wider denselben aufzufordern, anzueifern und zu verleiten;

hierin erkennt die k. k. Staatsanwaltschaft den Thatbestand des Vergehens des § 302 St. G. B.

Am Morgen des 8. Juli l. J. wurde diese Druckschrift mit Beschlagnahme belegt und rücksichtlich des Manuscriptes des beanstandeten Artikels eine Hausdurchsuchung sowohl in der Druckerei, als im Redaktionslocale der genannten Zeitschrift vorgenommen.

Noch im Laufe des Vormittags des 8. Juli l. J. wurde eine zweite Ausgabe der mit Beschlagnahme belegten Nummer 186 der Zeitschrift „Neues Wiener Tagblatt“ veranlaßt, in welcher an den Stellen „Feuilletons“, an welchen sich in der bereits mit Beschlagnahme belegten Ausgabe der incriminierte Artikel befunden hatte, der vollständige Titel desselben:

„An den Knecht der Knechte Gottes in Rom. Sendschreiben der Völker Oesterreichs“,

und unter demselben die Bemerkung:

„Die heutige Nummer des „Neuen Wiener Tagblatt“ ist confiscirt worden. Wir veranstalten deshalb eine zweite Auflage mit Weglassung jenes Artikels, von dem allein wir vermuthen können, daß er beanstandet wurde“,

gebracht wurde; — der übrige früher von dem incriminierten Artikel ausgefüllt gewesene Raum blieb leer. Eine Anzeige der Veranstaltung dieser zweiten Auflage war weder am 8. Juli, noch ist dieselbe bis heute überreicht worden.

Die k. k. Staatsanwaltschaft findet in diesem Sachverhalte den Thatbestand des Vergehens des § 24 P. G., der Uebertretung des § 11 der kaiserl. Verordnung vom 20. April 1854.

Aus den gepflogenen Erhebungen hat sich herausgestellt, daß der verantwortliche Redacteur Herr Heinrich Reschauer seine Wohnung verändert hat, ohne daß dies angezeigt worden wäre, und daß Herr Heinrich Reschauer die am 12. und 13. Juli l. J. ausgegebene Nummer 190 und 191 des „Neuen Wiener Tagblatt“ nicht redigirt habe, ungeachtet er auf beiden Blättern als „verantwortlicher Redacteur“ angeführt ist.

Hierin findet die k. k. Staatsanwaltschaft den Thatbestand des Vergehens des § 9 P. G. durch wissenschaftliche falsche Angabe und der Uebertretung des § 11 P. G. durch unterlassene Anzeige der Veränderung der Wohnung des verantwortlichen Redacteurs.

Herr Moriz Szeps aus Buzs in Galizien, 34 Jahre alt, mosaischer Religion, verheiratet, Eigenthümer und Herausgeber der periodischen Druckschrift „Neues Wiener Tagblatt“, Franciscanerplatz Nr. 5 wohnhaft, hat den Verfasser des incriminierten Artikels nicht genannt,

daher ihn rücksichtlich des in der ersten Ausgabe der Nummer 186 begründeten Vergehens des § 302 St. G. B. die Verantwortung im Sinne des § 30 des P. G. trifft, wogegen ihn rücksichtlich des durch die zweite Ausgabe begründeten Vergehens des § 24 P. G. und in der Richtung des bei der Ausgabe der Nummer 190 und 191 des „Neuen Wiener Tagblatt“ begangenen Vergehens des § 9 P. G., endlich rücksichtlich der durch die unterlassenen Anzeigen der Wohnungsveränderung des Redacteurs, der Veranstaltung einer zweiten Ausgabe der Nummer 186 begründeten Uebertretung des § 11 P. G. und in Betreff der rücksichtlich dieser zweiten Ausgabe vorliegenden Uebertretung des § 11 der kais. Verordnung vom 20. April 1854 die volle Verantwortung belastet.

Herr Heinrich Reschauer, aus Wien, 30 Jahre, alt verheiratet, katholisch, verantwortlicher Redacteur der periodischen Druckschrift „Neues Wiener Tagblatt“, Stadt, Färbergasse Nr. 8 wohnhaft, hat den incriminierten Artikel der ersten Ausgabe der fraglichen Nummer 186 vor der Aufnahme in das Blatt gelesen, den Verfasser jedoch nicht genannt, daher ihn rücksichtlich dieses Artikels die Verantwortlichkeit im Sinne der §§ 7 und 10 des P. G. trifft, welche wider ihn auch rücksichtlich der vorliegenden Vergehen der §§ 9 und 24 des P. G. und der vorangeführten Uebertretungen des § 11 des P. G. und § 11 der kaiserlichen Verordnung vom 20. April 1854 vorliegt.

Herr Wilhelm Jacobi, von Homberg in Kurhessen gebürtig, 34 Jahre alt, evangelisch, verheiratet, Buchdruckereibesitzer, Neubau, Burggasse Nr. 10 wohnhaft, hat sich rücksichtlich des durch die zweite Ausgabe der Nummer 186 begründeten Vergehens des § 24 P. G. so wie in Betreff der hiedurch begangenen Uebertretung des § 11 P. G. und § 11 der kaiserlichen Verordnung vom 20. April 1854 zu verantworten.

Die k. k. Staatsanwaltschaft erhebt daher die Anklage wider Herrn Moriz Szeps, Herausgeber und Eigenthümer des „Wiener Tagblatt“, wegen Vergehens der §§ 9 und 24 P. G. und der Uebertretung des § 30, wegen Außerachtlassung pflichtgemäßer Obforge, sowie der Uebertretung der §§ 11 P. G. und 11 der kais. Verordnung vom 20. April 1854;

wider Herrn Heinrich Reschauer, verantwortlichen Redacteur, wegen Vergehens des § 302 St. G.; Vergehens der §§ 9 und 24 P. G. und der oben genannten Uebertretungen;

wider Herrn Wilhelm Jacobi wegen Vergehens des § 24 P. G. und der citirten Uebertretungen.

Es wurden sonach der Inhalt des Feuilletons aus der ersten Ausgabe der Nr. 186 T. B. und Titel, so wie Aufschrift der zweiten Ausgabe verlesen, ebenso die beiden Erkenntnisse des Wiener Landesgerichtes vom 2ten und 9. Juli bezüglich der bestätigten Beschlagnahme der betreffenden Ausgaben.

Die Angeklagten erklären, den Verfasser zu kennen, ihn aber nicht nennen zu wollen und sohin die volle Verantwortlichkeit zu übernehmen.

Insondere erklärt Herr Reschauer in dem beanstandeten Artikel die strafbaren Momente des § 302 des St. G. nicht finden zu können. Der Kampf zwischen Kirche und Staat sei ein so allgemeiner, daß dessen Erwähnung namentlich in einem Feuilletonartikel nicht auffällig sein kann.

In die meritorische Verteidigung des beanstandeten Artikels eingehend, bemerkt der Angeklagte, daß durch denselben keineswegs der Clerus angegriffen werde. Es sei vielmehr die clericale Partei gemeint, welche, wie bekannt, den Kampf gegen die Staatsgrundgesetze aufgenommen und dabei von außen Unterstützung gefunden habe. Er erinnere nur an die Allocution, welche die Grundgesetze des Staates ebenso wie jene Principien verurtheilte, die den freisinnigen, denkenden Staatsbürgern am Herzen liegen.

Er erinnere weiter an die bekannte Note, welche seinerzeit Sr. Excell. der Herr Reichskanzler Freiherr von Beust aus Anlaß der Allocution an die römische Curie richtete.

In diesem Kampfe habe auch das „Tagblatt“ Partei genommen und insbesondere gegen den Art. 80 des Syllabus, welcher die Forderung, daß sich der Papst mit den modernen Ideen ausöhnen soll, als verwerflich verurtheilt, Widerspruch erhoben.

Der Angeklagte kommt nach dieser Einleitung auf den Artikel selbst zu sprechen und findet, daß er in Ton und Sprache vielleicht anstößig gefunden werden könnte, nimmermehr aber seines Inhaltes, seiner Tendenz wegen. Die Staatsbehörde könne gar nichts strafbares in dem Inhalte finden. Redner citirt nun, dies zu beweisen, den Beschluß der 19. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands, welcher geradezu die Katholiken Oesterreichs zum Widerstande gegen die Staatsgesetze, also zur Revolution aufmuntere. Zumehr nun gegen das bestehende Recht agitirt werde, desto größer sei die Verpflichtung des Patrioten, gegen diese Agitation zu operiren.

Redner führt nun einzelne Fälle an, wo die Bischöfe gegen die Gesetze agitiren. Beispielsweise heiße es in einem Hirtenbriefe, daß der Unterricht der Jugend Lehrern der Gottlosigkeit und des Irthumes überliefern sei, eine Äußerung, welche gewiß einen mehr als heftigen Angriff auf das neue Schulgesetz invol-

vire. Wenn so etwas in dem Artikel stünde, dann wäre er strafbar.

Auf den ersten hervorgehobenen Absatz des Artikels übergehend, sucht Redner nachzuweisen, daß diese Stelle sich nicht auf die Gegenwart beziehe, und daß er insofern berechtigt sei.

Dieser Absatz sei sonach gar nicht geeignet, gegen den Clerus zu Feindseligkeiten aufzureizen; die Berechtigung dieses Urtheils könne von keinem Geschichtsfundigen in Abrede gestellt werden. Redner will der Inquisition erwähnen.

Präs. Wenn sich dieser Absatz nicht auf die Gegenwart bezieht, so scheint es überflüssig darüber mehr zu sprechen oder wohl gar die Vergangenheit anzurufen. Ich bitte Sie also bei der Sache zu bleiben.

Die zweite hervorgehobene Stelle verantwortet Reschauer mit der Ausführung der Behauptung, daß diese Stelle vom Standpunkte der confessionellen Gesetze ein Factum sei. In ähnlicher Weise versuchend, meist den Beweis der Wahrheit und Berechtigung auch für die übrigen Stellen zu erbringen, beschließt Herr Reschauer seine Verantwortung.

Herr Szeps bezeichnet sich als den Eigenthümer und Herausgeber des Blattes. Seine Verantwortung zerfällt in drei Theile; der erste wendet sich gegen die Anschuldigung, die zweite Anklage nicht angezeigt zu haben, der zweite gegen die einer Demonstration gegen die Regierung, der dritte endlich ergeht sich über den Inhalt des Artikels.

Er führt aus, daß er eine „sogenannte“ zweite Auflage nicht anzuzeigen in die Lage kam, weil die Confiscation dieser „sogenannten“ zweiten Auflage mit einer Raschheit erfolgt sei, welche ihm dies unmöglich machte. Daß er eine nachherige Anzeige unterließ, sei erklärlich, da ja diese „sogenannte“ zweite Auflage mit Beschlagnahme belegt worden sei und er der Ueberzeugung sei, daß die löbliche Staatsbehörde vielleicht in dieser nachherigen Anzeige auch die Verletzung irgend eines Paragraphs hätte finden können.

Auf die ihm zur Last gelegte Demonstration gegen die Regierung übergehend, meint der Angeklagte, daß es ihm wohl bekannt sei, daß man wegen des Inhaltes eines Zeitungsartikels bestraft werden könne; daß dies aber auch wegen des Nichtinhaltes geschehen könne, sei ihm gänzlich unbekannt und seines Wissens selbst im barbarischen Rußland nie vorgekommen. In eben so wichtiger Weise zieht der Angeklagte die Discussion über den Begriff „Demonstration“ in Betracht und sucht auf diese Weise die Nichtberechtigung dieser Anschuldigung nachzuweisen.

Abweichend von der Art Reschauers, den Inhalt des Artikels als straflos, weil auf Wahrheit beruhend, darzustellen, zieht es Herr Szeps vor, sich in Sarkasmus und in lebhaft witziger Weise über dieses Thema zu ergehen, was ihm wiederholte Ordnungsrufe seitens des Vorsitzenden und des Staatsanwalts zuzieht.

(Schluß folgt.)

Locales.

— (Steuerreform.) Das k. k. Finanzministerium beabsichtigt, dem Reichsrathe bei seinem nächsten Zusammen-treten eine Vorlage zur Regelung der Grund- und Gebäude-steuer zu machen und hat sich aus diesem Anlasse an die Landesauschüsse der einzelnen Länder gewendet, um deren Anschauungen hierüber kennen zu lernen und an Hand derselben bei schließlicher Feststellung der für den Reichsrath bestimmten Vorlage den verschiedenen Verhältnissen nach Möglichkeit Rechnung tragen zu können. Der hiesige Landes-ausschuß hat sich verpflichtet gehalten, dem Landtage hievon die Anzeige zu erstatten und dessen Beschlußfassung einzuholen. Zunächst beantragt der Landesauschuß, den Gegenstand dem Finanzausschuße zur Berichterstattung zuzuwenden.

— (Eine Officialstelle zweiter Classe) ist bei dem Rechnungsdepartement des Oberlandesgerichtes und der Oberstaatsanwaltschaft in Graz zu besetzen. Gehalt 800 fl. Bewerbungen sind bis längstens 10. October beim Oberlandesgerichtspräsidium einzubringen.

Correspondenz.

B. Stein, 20. September. (Abtragung des Klanzbügels. — Zur Fleischfrage. — Wochenmarktordnung. — Bürgerrechtstagen.) Sehr beifällig wurde in unserer Stadt die Nachricht aufgenommen, daß die Gemeindevorstandung nach der Andeutung in der Correspondenz vom 23. v. M. bereits den definitiven Abkauf des ehemals Staria'schen Hauses am Klanzbügel so rasch und unter gar so vortheilhaften Bedingungen realisiert habe; der Kaufpreis beträgt nur 500 fl.; ein Theil des Hauses, das scharfe Eck, kann sogleich, der übrige aber erst nach dem Tode der Verkäuferin Maria Schubel, welche sich das lebenslängliche Wohnungsrecht vorbehielt, demolirt werden. Somit kann demnächst die schon viele Jahre und allseits gewünschte Erniedrigung des besagten Hägels als gesichert betrachtet werden. — Der pro September l. J. gemeldete Fleischtarif mit 16 und 20 kr. d. W. hatte eine sehr kurze Lebensdauer, schon am 7. d. M. wurde der niedere Satz pr. 16 kr. vom Gemeindevorstande wiederum auf unbekannten Gründen auf 18 kr. erhöht. Diese Differenz pr. 2 kr. muß jedermann im Verhältnisse zu dem Abstände der Einkaufspreise bezüglich der Mastochsen von den Einkaufspreisen der mageren Kühe als zu gering erkennen;

baher sich auch die Klagen unserer Schinnen, sowie der Stadarmen seit dem Wandelungstage, 7. d. M., sehr gesteigert haben. — Wegen der von Tag zu Tag steigenden Theuerung der gewöhnlichen Lebensmittel hat der Gemeindevorstand mit großer Majorität beschlossen, an den Wochenmärkten den Einkauf der Lebensmittel von Seite der Greißler und Strohändler vor 11 Uhr früh unter Straffunction zu verbieten; der Bürgermeister sah sich jedoch veranlaßt, diesen Beschluß als mit dem freihändlerischen Geiste der neuen Gewerbeordnung nicht verträglich, zu sistiren; man ist nur auf den Ausgang dieser Angelegenheit gespannt und wir werden den diesfälligen Entschied der Bezirkshauptmannschaft seiner Zeit mittheilen. Es wäre überhaupt wünschenswerth, wenn dieser interessante Vorkommnisse aus dem Gemeindeleben auch von den übrigen, namentlich von den Stadtgemeinden unseres Landes durch Correspondenzen bekannt gemacht werden würden. — In Bezug auf die projectirte Einführung von Gemeindefragen wäre zu erwähnen, daß bei uns schon jetzt die Bürgerrechte für Fremde mit 26 fl. 50 kr. österr. Währ. factisch eingehoben wird; es wäre somit eine weitere Lage zur Erwerbung der Gemeindegemeinschaft drückend.

Öffentlicher Dank.

Den zwei Herren Gemeinderäthen der städtischen Armensection, welche durch ihr freundliches Bemühen um das Sammeln von freiwilligen Beiträgen zu Gunsten des hiesigen Armenfondes den Betrag pr. 212 fl. erzielt und dieses Ergebnis dem Armenfonde zuführten, wird hiemit der verbindlichste Dank ausgesprochen.

Stadtmagistrat Laibach, am 19. September 1868.

Dr. G. S. Costa,
Bürgermeister.

Aus den Landtagen.

Pinz, 18. September. Rappolter und Genossen beantragen die Verfassung eines Gesetzes wegen Aufhebung des politischen Eheconsensus. Der Antrag wird dem Gemeindevorstand zugewiesen. Die Regierungsvorlagen über Abänderung der Gemeindevertretung und der Gemeindestatute für Pinz und Steyr werden ohne Debatte angenommen. Die Regierungsvorlagen betreffend Ausschließung vom Wahlrechte und der Wählbarkeit zum Landtage und die Bestimmungen bei Verurtheilung oder Untersuchung eines Abgeordneten wurden vom Verfassungsausschusse in ein Gesetz zusammengezogen. Nach erhobenen Einwendungen des Statthalters werden dieselben über Antrag des Dr. Figuly an den Ausschuss behufs Trennung in zwei Gesetze zurückgeleitet.

Graz, 19. September. Wanisch und vierzehn Consorten stellen den Antrag, der Landesauschuss habe dem nächsten Landtage ein organisches Statut über die Dotirung der Volksschullehrer vorzulegen. Dr. Woschniat begründet die Interpellation wegen der nationalen Gleichberechtigung sehr ausführlich; der Statthalter verspricht die Beantwortung der Interpellation. Bezüglich des Verkaufes von Eisenerz wird der dringlichste Wunsch ausgesprochen, die Regierung möge die Interessen der Eisenindustrie auch im Muthale thunlichst berücksichtigen, und beim Verkauf von Eisenerz sowohl wie von Neuberg und Mariazell eine forsmäßige und nachhaltige Bewirthschaftung der Waldungen gehörig sicherstellen. Weiter gehende Anträge wurden abgelehnt.

Agram, 19. September. In der heutigen Landtagsitzung wurde nach Lesung mehrerer Petitionen und Beschwerden und deren Ueberweisung an die betreffenden Ausschüsse die Eingabe des Patriarchen Masirevic und Bischofs Gruc verlesen, worin sie ihr Ausbleiben vom Landtage entschuldigen. Der Abgeordnete Brlic beantragt hierauf, die Bischöfe Strossmayr, Nicolajevic und Kralj nochmals zum Erscheinen im Landtage aufzufordern, worauf Abg. Vondina nach vorgenommener Zählung der Anwesenden constatirt, daß noch nicht einmal die Hälfte der Landtagsabgeordneten vorhanden ist.

Neueste Post.

Madrid, 19. September. In Cadix sind in Folge eines Pronunciamientos im progressistischen Sinne Unruhen ausgebrochen. Man glaubt, die Königin werde den Marquis de Habana mit der Bildung eines neuen Cabinets beauftragen. Der Belagerungszustand wird verkündigt werden. Madrid ist ruhig.

Paris, 21. September. (Tr. Ztg.) Der „Moniteur“ meldet: Das Unternehmen der Progressistenpartei in Cadix ist durch Betheiligung von Mannschaften mehrerer Kriegsschiffe von ernster Bedeutung. Die Nachrichten über den Charakter der Unruhen sind noch unvollständig. Die Zusammenkunft des Kaisers und der Königin hat dieser Vorfälle wegen nicht stattgefunden. Prim sollte am 20. Sept. nach Madrid abreisen.

Paris, 21. September. (Tr. Ztg.) „Gaulois“ meldet: Die revolutionäre Bewegung an mehreren Punkten Spaniens ist wegen Mangels an einer einheitlichen Leitung gescheitert. Große Aufregung herrscht in Madrid und den Provinzen. — „Temps“ meldet: Viele spanischen Flüchtlinge verlassen Paris. — „Figaro“ meldet: Diesmal sei es eine ernste Bewegung. Alle Parteien seien gegen Isabella verbunden. „Opinion“, „France“, „Pays“ meldet gerüchweise die Abdankung der Königin von Spanien. Die Zusammenkunft Napoleons mit der Königin von Spanien hat nicht stattgefunden. Gonzalez Bravo gab seine Demission, Concha nahm dessen Stelle an.

Telegraphische Wechselcourse

vom 21. September.

Sperc. Metallsines 56.60. — Sperc. Metallsines mit Wat. und November-Rufen 57.15. — Sperc. National-Anlehen 61.25. — 1860er Staatsanlehen 80.40. — Bankactien 702. — Creditactien 203.50. London 116.35. — Silber 113.75. — A. 1 Ducaten 5.53.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Laibacher Geschäftsbericht

vom 19. September.

Die Zufuhr von Getreide war in der verfloffenen Woche sehr spärlich, da sowohl das schlechte Wetter wie die Feldarbeiten den Landmann hindern seine Bodenproducte zu Markte zu bringen. Weizen, ungarischer und Banater Frucht, ging in den Magazinen zu den vorwöchentlichen Preisen ab, doch gab es hier und da bereits Concessionen im Preise.

Korn ist ziemlich gefragt und stellt sich schöne ungarische 77-78pfündiger Waare auf fl. 3.50-3.60 pr. Metzen; ebenso beliebt ist Bräugerste, welche in schöner Qualität fl. 3.70-3.90 holte.

Häfer ist ebenfalls in guter Stimmung, und behielt beifällig die Preise der Vorwoche. 48-49pfündige Waare wird gerne mit fl. 2.10-2.15 pr. Metzen bezahlt.

In Fischen wurde einiges zugeführt; man bezahlt für schöne rothe mercantile Waare zwischen fl. 4.50 ja sogar fl. 4.75, doch erlitten am Schluß der Woche die Preise wieder einen Abschwung, so daß man gestern über fl. 4 1/2 nicht mehr ansetzen wollte.

Von Leinwand war gar nichts zugeführt; bei diesem Bodenproduct bringt der Delschläger seine Spesen kaum heraus, und zu den Kosten, wie derselbe sich die feinsten Dettchen in's Calcul nimmt, könnte sich jeder der Landwirthe diesen Futterstoff bei der ersten Fabrik in wasserfreier, haltbarer Waare und 30% billiger verschaffen, — obendrein läuft derselbe Gefahr, seinem Majewich durch Fütterung mit schimmlicht gewordenen Kuchen, bei welchen bekanntlich der Protein-Stoff zerstört ist, statt zu nützen, wesentlich zu schaden.

Von Leinöl kamen Kleinigkeiten auf den Markt, die mit fl. 26-26 1/2 erste Kosten abgingen.

Von Kleesamen, dessen Qualität heuer ziemlich viel zu wünschen übrig läßt, wurde einiges zugeführt und mehreres für Lieferung angeboten. Unsere Producenten und Zwischenhändler geben sich fast alle dem Wahne hin, die Saat müsse nothwendigerweise heuer wieder einmal auf die Preise von 1866 kommen; so viel man bis jetzt beurtheilen kann, ist die Qualität der heurigen Saat bei weitem nicht mit der des Vorjahres zu vergleichen; wir rathen jedem Consumenten, für 1867er Saat eher fl. 27 1/2-28 zu bewilligen, als für heurigen Samen fl. 21-22, um so gewisser, als es constatirt ist, daß bei gutem Lager achtjährige Saat ebenso keimfähig war, wie jene des vorhergegangenen Jahres. — Die Eigener verlangten für heurige Saat anfangs fl. 26, und wären gewiß bis auf fl. 22 herabgegangen, wenn ihnen überhaupt dafür ein Anbot gemacht worden wäre. Wien, Prag und Pest halten in rother Saat gleiche, aber auch billigere Preise wie Laibach.

Die Nachrichten über

Zwetschgen lauten in Betreff der anzuheffenden Maccolta sehr günstig, und so viel wir aus verlässlicher Quelle erfahren, haben nicht allein die Zwetschen produzierenden Gegenden des österreichischen Kaiserstaates reichliche Erzeugnisse zu erwarten, sondern es hat das nördliche Deutschland, die Main- und Rhein-Provinzen, England und das südliche Frankreich günstige Lagen, und wir können uns heute bereits das Prognosticum stellen, daß wir in diesem Obst für den Norden keinen Abfall finden werden; nach Zwetschenfässern ist Nachfrage, weil man die Waare eben transportfähig machen will, und wir sind der unmaßgeblichen Ansicht, daß man selbst bei Einkauf Basis fl. 4 erste Kosten es zu keinem dankbaren Geschäft bringen wird.

In Honig haben sich die Preise ebenfalls auf demselben Standpunkte, wie in der Vorwoche erhalten; man zahlt fl. 13, im allerhöchsten Falle fl. 13 1/2, in ersten Kosten.

Häute und Felle. — Trockene Ritz- und Schenkhäute je nach Qualität und Gewicht fl. 14-24, frische mit Horn pr. Ctr. fl. 22-24, trockene Ritz- und Schenkhäute mit Horn, Gewicht 34-40 Pfd. pr. Paar fl. 58-60; Ralzhäute, hiesige, pr. Paar fl. 6-6 1/2, frische mit Klauen fl. 37-39 pr. Ctr., trockene mit Kopf ohne Klauen fl. 110-115. — Pferdehäute pr. Paar fl. 8-11. Schaffelle, hiesige rauhe, für Kürschner, nach Qualität, pr. Paar fl. 1.50-1.80, Schaffelle, geschorene, für Lederer fl. 1.20-1.40. Buchhäute, erster Stuch, trocken, mindestens 8 Pf. pr. Paar, pr. Pfund 75-80 kr., geringere 65-70 kr. Baderfelle, erster Stuch, pr. Paar ebenfalls circa 8 Pfd. pr. Pfund 38-40 kr. Schnitzbock, trocken und gesund, pr. Ctr. fl. 55-60. Für Hasenbälge, Winterwaare, je nach Sortiment, für 100 Stück fl. 30-38.

Ueber Fische, Marde, Zlitz, Otter- und Katzenbälge werden wir in 6-7 Wochen die annäherungsweise Einlaufspreise bringen.

Ritzfelle, Spätsch 40-60kr., Lammfelle für Handschuhe jeder 50-60 kr. Von genannten drei Gattungen Fellen ist der Preis eigentlich erst im März zu bestimmen, da jetzt wenig ankommt. Schweinehäute, heimische, pr. Pfd. 12-14 kr., croatische, pr. Pfd. 10-11 kr. kommen jetzt noch wenig vor, doch bildet sich in 4-5 Wochen darin ein lebhafteres Geschäft.

Kammeln wird wenig zugeführt; man verlangt für schöne, reingefärbte Wollenerwaare fl. 19-29, wir verschaffen uns polnische und sächsische Waare, nach Laibach gelegt, um circa fl. 2 1/2, billiger.

Kraut, eingesäuert, auf Lieferung fl. 5-4 1/2, ohne Faß, doch kommen wir damit in 3 Monaten vielleicht auf den doppelten Preis.

Krainburg, 21. September. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 680 Wagen mit Getreide, 26 Wagen mit Heu und Stroh, 30 Wagen mit Holz, 360 Stück Schweine, 4 Wagen mit Zwiebeln und 12 Wagen mit Wacholderbeeren.

Durchschnitts-Preise.

	fl.	kr.		fl.	kr.
Weizen pr. Metzen	4	75	Butter pr. Pfund	—	35
Korn	3	33	Eier pr. Stück	—	2
Gerste	—	—	Milch pr. Maß	—	10
Häfer	1	50	Rindfleisch pr. Pfd.	—	20
Halbfrucht	—	—	Kalbsteisch	—	22
Heiden	2	90	Schweinefleisch	—	22
Hirse	2	30	Schafsteisch	—	14
Rufuruz	3	20	Häbndel pr. Stück	—	25
Erbsen	1	40	Tauben	—	10
Pinfen	3	52	Hen pr. Zentner	—	60
Erbsen	—	—	Stroh	—	45
Fisolen	3	84	Holz, hartes, pr. Kist.	5	50
Rindschmalz pr. Pfd.	—	47	— weiches	3	90
Schweinschmalz	—	42	Wein, rother, pr. Eimer	6	—
Speck, frisch	—	38	— weißer	—	—
Speck, geräuchert, Pfd.	—	40			

Angekommene Fremde.

Am 20. September.

Stadt Wien. Die Herren: Ritter v. Schab, k. k. Oberst, von Rudolfswerth. — Sova, Staatsanwalt, von Eßel. — Zakrajsek, Kaufm., von Triest. — Frau v. Scher, von Wien. — Ciesant. Die Herren: Weiss, und Lauritsch, von Raket. — Urban, von Kronau. — v. Rosenbergl, von Wien. — Blau, Kaufm., von Ranjscha. — Paulin, Verwalter, von Thurn.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

September	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Pariser Einheiten auf 0° R. reducirt	Lufttemperatur nach Reaumur	Wind	Anschein des Himmels	Niederschlag in Pariser Einheiten
21.	6 U. Mg.	325.72	+11.0	windstill	dichter Nebel	5.74
21.	2 „ N.	325.27	+17.0	windstill	ganz bew.	Regen
10.	Ab.	324.43	+13.4	windstill	Gewitterreg.	

Morgennebel. Den ganzen Tag bewölkt. Gegen 2 Uhr etwas gelichtet. Abends grelle Blitze. Gewitter aus SW. Platzregen. Die ganze Nacht hindurch Blitze. Das Tagesmittel der Wärme +13.8°, um 2-8° über dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmayr.

Börsenbericht. Wien, 19. September Die Börse verlief im Ganzen genommen in ziemlich fester Haltung. Fonds und Actien haben theilweise Aufbesserungen zu verzeichnen. Devisen und Baluten blieben unverändert. Geld flüssig. Geschäft beschränkt.

Öffentliche Schuld.

A. des Staates (für 100 fl.)		
Geld	Waare	
In d. W. zu 5pCt. für 100 fl.	54.60	54.80
ditto v. J. 1866	57.80	58.—
ditto rückzahlbar (1/2)	94.—	94.50
Silber-Anlehen von 1864	68.—	68.50
Silberanl. 1865 (Fres.) rückzahlb. in 37 J. zu 5 pCt. für 100 fl.	71.—	71.50
Nat.-Anl. mit Zan.-Comp. zu 5%	61.80	62.—
„ „ „ „ „ 5 „	61.80	62.—
Metalliques	57.20	57.30
ditto mit Zan.-Comp. „ 5 „	57.50	57.70
ditto „ „ „ „ „ 4 1/2 „	51.50	52.—
Mit Verlos. v. J. 1839	165.—	166.—
„ „ „ „ „ 1854	77.—	77.50
„ „ „ „ „ 1860 zu 500 fl.	82.20	82.30
„ „ „ „ „ 1860 „ 100 „	90.75	91.50
„ „ „ „ „ 1864 „ 100 „	92.60	92.70
Como-Rentensch. zu 42 L. aust.	23.—	24.—
Domainen Sperc. in Silber	105.50	106.—
B. der Kronländer (für 100 fl.) Gr.-Entf.=Oblig.		
Niederösterreich	zu 5%	86.40 86.80
Oberösterreich	„ 5 „	88.— 89.—
Salzburg	„ 5 „	87.— 88.—

Geld Waare	
Böhmen	zu 5%
Mähren	„ 5 „
Schlesien	„ 5 „
Steiermark	„ 5 „
Ungarn	„ 5 „
Temeser-Banat	„ 5 „
Croetien und Slavonien	„ 5 „
Galizien	„ 5 „
Siebenbürgen	„ 5 „
Bukovina	„ 5 „
Ung. m. d. W.-C. 1867	„ 5 „
Ung. m. d. W.-C. 1867	„ 5 „
Actien (pr. Stück).	
Nationalbank	716.— 717.—
Kaiser Ferdinands-Nordbahn	1840.— 1843.—
zu 1000 fl. d. W.	
Kredit-Anstalt zu 200 fl. d. W.	207.50 207.60
N. d. Escom.-Ges. zu 500 fl. d. W.	625.— 630.—
Staats-Eisenb.-Ges. zu 200 fl. Ctr.	
der 500 Fr.	251.20 251.40
Kais. Elisabeth-Bahn zu 200 fl. Ctr.	159.50 160.—
Süd.-nordb. Ver.-B. 200 „	148.50 148.75
Süd.-Est.-L.-den. u. z. i. C. 200 fl.	
d. W. oder 500 Fr.	184.70 184.90

Geld Waare	
Gal. Karl-Lud.-B. z. 200 fl. Ctr.	207.75 208.—
Böhm. Westbahn zu 200 fl.	152.50 152.75
Deft. Don.-Dampfsch.-Ges.	525.— 527.—
Deft. Lloyd in Triest	228.— 232.—
Wien-Dampfm.-Actg.	360.— 370.—
Pester Kettenbrücke	430.— 435.—
Anglo-Anstria-Bank zu 200 fl.	161.— 161.50
Leibniz-Gesellschaft Actien	183.50 184.—
Verficher.-Gesellschaft Donau	250.— 255.—
Pfandbriefe (für 100 fl.)	
Nationalbank auf verlosbar zu 5%	96.80 97.—
G. M. B.	
Nationalbank auf d. W. verlosb. 5 „	92.25 92.50
Ung. Bod.-Cred.-Anst. zu 5 1/2 „	91.— 91.50
Ung. Pf. Boden-Credit-Anstalt verlosbar zu 5% in Silber	102.50 103.—
Loose (pr. Stück).	
Cred.-A. f. d. n. G. z. 100 fl. d. W.	136.75 137.25
Don.-Dampfsch.-G. z. 100 fl. Ctr.	92.— 93.—
Stadigem. Ofen „ 40 „ d. W.	30.50 31.—
Esterhazy zu 40 fl. Ctr.	160.— 163.—
Salz „ 40 „ „	37.— 38.—

Geld Waare	
207.75 208.—	Paffy zu 40 fl. Ctr.
152.50 152.75	Clary „ 40 „ „
525.— 527.—	St. Genois „ 40 „ „
228.— 232.—	Windischgrätz „ 20 „ „
360.— 370.—	Waldstein „ 20 „ „
430.— 435.—	Regleisch „ 10 „ „
161.— 161.50	Rudolf-Stiftung 10 „ „
183.50 184.—	
250.— 255.—	
Wechsel (3 Mon.)	
Augsburg für 100 fl. südd. W.	95.80 96.—
Frankfurt a. M. 100 fl. detto	96.— 96.30
Hamburg, für 100 Mark Banco	84.60 84.80
London für 10 Pf. Sterling	115.50 115.60
Paris für 100 Franks	45.70 45.75
Cours der Geldsorten	
Geld Waare	
A. Münz-Ducaten	5 fl. 50 kr. 5 fl. 51 kr.
Napoleons'or	9 „ 21 „ 9 „ 21 „
Russ. Imperials	— „ — „ — „ 69 1/2 „
Bereinsthaler	1 „ 69 „ 1 „ 50 „
Silber	113 „ 25 „ 113 „ 50 „
Krainische Grundentlastungs-Obligationen, Prämienlotung: 86.50 Geld, 90 Waare	